

Über Notstände

Der Begriff „Notstand“ dürfte jedem vertraut sein, der sich mit den staatsrechtlichen Grundlagen Deutschlands befasst hat. Das Grundgesetz unterscheidet den äußeren und den inneren Notstand (s. einerseits die Artikel 115a ff., andererseits Artikel 91). Beim äußeren Notstand geht es um eine militärische Bedrohung, der innere bezieht sich auf Gefährdungen aus der eigenen staatlich-gesellschaftlichen Lebenssphäre (*Haratsch*, in Sodan, Grundgesetz, 4. Aufl. 2018, Art. 91 Rn. 4). Die Anforderungen an die Ausrufung einer Notstandslage sind in beiden Fällen hoch. Der innere Notstand setzt nichts Geringeres voraus als eine Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und des Bestands des Staates.

Auch außerhalb des Grundgesetzes hat sich der Begriff in unterschiedlichen Zusammenhängen etabliert. „Notstand“ lässt sich sprachlich kinderleicht mit jedweden Plagen und Missständen kombinieren. Zum Grundinventar gehört seit 1964 der „Bildungsnotstand“. Er geht auf *Georg Picht*, den Verkünder der deutschen Bildungskatastrophe, zurück. *Picht* sah schon damals „eines der tragendsten Fundamente jedes modernen Staates“ in Gefahr, nämlich das Bildungswesen. Nach den enttäuschenden Ergebnissen der PISA-Studie I (2000) geistert der „Bildungsnotstand“ durch zahlreiche Diskussionen über die Schwächen der deutschen Schulen und Hochschulen.

Der Fachkräftemangel in den Pflegeberufen wird beispielsweise gern als „Pflegenotstand“ bezeichnet. Für die Ausrüstungsmängel der Bundeswehr hat *Dieter Schwab*, Redakteur bei den „Nürnberger Nachrichten“, einen prägnanten Begriff verwendet: „Panzer-Notstand“.

Notstände also, wohin man blickt! Es ist auch gar nicht mehr erforderlich, über Gemeindegrenzen hinauszublicken. Denn etliche Kommunen haben jetzt einen eigenen: den „Klimanotstand“. Telgte, Herford und Drensteinfurt beispielsweise haben ihn ausgerufen. Der Bürgermeister von Telgte wird mit dem Satz zitiert, man müsse sich mehr Gedanken um den „CO₂-Fußabdruck“ machen, z.B. beim Bauland oder im Straßenverkehr. Die Stadt will für die Bürger Veranstaltungen rund um Solarenergie oder Elektromobilität durchführen. Herford hat sich

verpflichtet, bei Entscheidungen die Auswirkungen auf die ökologische Nachhaltigkeit im Blick zu haben und zu berücksichtigen. Auch unterstützt die Stadt die Forderung nach einem (Bundes-)Klimaschutzgesetz. Die Aktivitäten in den Notstandskommunen entsprechen der Losung „Think global, act local“. Der CSU-Landesgruppenchef *Dobrindt* hat dieser Formel allerdings in einem im Spiegel Nr. 23 vom 1.6.2019 abgedruckten Interview (Seite 38) widersprochen. Der Politiker fordert ein neues Paradigma: „Think global, act global“. Wie das bei Gemeinden funktionieren soll, ist dem Interview leider nicht zu entnehmen. Appelle deutscher Städte, mehr für den Umweltschutz zu tun, dürften in China, in den USA, in Indien, Russland und Japan nicht besonders wirkungsvoll sein.

Umweltschützende Aktivitäten auf lokaler Ebene sind fraglos zu begrüßen. Der Griff in die oberste rhetorische Schublade ist aber problematisch. „Notstand“ suggeriert harte Maßnahmen zur Problemlösung, in diesem Zusammenhang etwa die Stilllegung von Dieselfahrzeugen, Fahrverbote, autofreie Tage und Einschränkungen bei Flugreisen. Wenn dann nichts passiert, kann die Enttäuschung groß sein.

Immerhin können Gemeinden ihre Rathäuser und Schulen energetisch sanieren und Blühwiesen anlegen. Hierüber hätten sich die Kommunen allerdings schon vor der Erklärung des „Klimanotstands“ Gedanken machen können – und einige haben es auch gemacht und sogar gehandelt.

Die Ausrufung der „Klimanotstände“ folgte auf die „Fridays-for-Future“-Aktionen. Der Gedanke, dass (Kommunal-)Politiker sich bei den „streikenden“ Schülerinnen und Schülern anbieten wollen, ist aber natürlich abwegig. Erst recht gilt das für den Verdacht, die „Notstandsbeschlüsse“ könnten dazu dienen, von Versäumnissen abzulenken und auf „billige“ Weise zu punkten. Die Stadt Bad Lippspringe hat übrigens, auf Initiative des Bürgermeisters, ihren Klimanotstands-Beschluss aufgehoben, weil er nicht zu einem Kurort mit „vorzüglichem Klima“ passe.

Professor Dr. *Jürgen Vable*, Bielefeld